

Mit dem Bauch sind die Leute bei uns – das alleine reicht für Veränderungen nicht

Lorenz Keller

Die TeilnehmerInnen der Fokusgruppe blicken für ein paar Sekunden das Titelblatt der Bilanz an. »Die 300 Reichsten der Schweiz 2012« steht da und darunter etwas kleiner »Schuldenkrise hin, Frankenstärke her: Die 300 Reichsten sind dieses Jahr um 31 Milliarden reicher geworden. Zusammen besitzen sie üppige 512 Milliarden Franken«. Der Moderator will wissen, was die TeilnehmerInnen dazu meinen und ob das für sie ein Problem darstelle. »Naja, diese Reichen werden auch ihre Sorgen haben«, antwortet einer. Die anderen nicken.

Im Sorgenbarometer belegen AusländerInnen, Arbeitslosigkeit und AHV regelmässig die vordersten Ränge. Nur durch Extremereignisse wie ein AKW-Super-Gau in Japan mögen sich zuweilen auch andere Themen in den Vordergrund drängen. Alles in allem sind die Sorgen relativ konstant. Und trotz alljährlicher Empörungswellen über die Millionengehälter und Boni scheinen diese kaum Anlass zur Sorge zu geben. Auf jeden Fall fehlen Themen wie Lohnschere oder ungerechte Vermögensverteilung im Sorgenbarometer. Offenbar drückt der Schuh hier nicht – oder es wird in den Umfragen nicht danach gefragt.

Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, ob die wachsende Ungleichheit die Menschen tatsächlich nicht bewegt. Dazu werden Resultate jüngerer Umfragen über verteilungspolitische Anliegen und Ungleichheit betrachtet. Es sind dies eine repräsentative Umfrage des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB) zu Mindestlöhnen und das »hkp//Stimmungsbarometer Managementvergütungen«, beide mit Daten von 2011. Weiter wurden einzelne Fragen zur sozialen Ungleichheit, die durch das International So-

cial Survey Programme (ISSP) 2009 erhoben wurden, sowie repräsentative Umfragen der JUSO zur 1:12-Initiative und der Gewerkschaft Unia zur Umverteilung betrachtet. Gemeinsam mit den qualitativen Erkenntnissen einer Fokusgruppe zu den Themen Lohn- und Vermögensverteilung vom Dezember 2012 will dieser Text aus diesen Daten die Ausgangslage und Handlungsmöglichkeiten für verteilungspolitische Vorstösse wie die 1:12-Initiative aufzeigen.

Erfreuliche Zahlen ...

Ein Blick auf die Umfragen kann aus linker Perspektive einen gewissen Optimismus aufkommen lassen. Kurz gesagt finden sich für Mindestlöhne und Lohnobergrenzen Mehrheiten – und richten soll es der Staat und nicht der Markt. Aber der Reihe nach:

- 87 Prozent der Befragten sind gemäss ISSP-Umfrage der Meinung, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz zu gross sind. Dieser Wert bleibt für Frauen, Männer, Alte und Junge recht konstant. Nur Leute mit sehr hohen Einkommen und Vermögen beziehungsweise Unternehmer und Kader haben eine andere Meinung dazu. Aber sogar bei ihnen finden noch gut sieben von zehn die Unterschiede zu gross.
- Am unteren Ende der Lohnskala stellt sich die Frage des Mindestlohns. Bei der SGB-Umfrage wird im Durchschnitt knapp 4490 Franken pro Monat als »fairer Lohn für einen Vollzeitjob« angegeben. In der ISSP-Umfrage findet man einen Wert von knapp 4300 Franken pro Monat für eine ungelernete Arbeitskraft. Zudem sprechen sich über 80 Prozent aller Befragten »voll und ganz« (47 Prozent) oder »eher« (36 Prozent) für die Festlegung von gesetzlichen Mindestlöhnen aus, um das Problem der tiefen Löhne zu lösen. Auffällig ist dabei, dass Frauen signifikant häufiger für Mindestlöhne sind und die Idee gesetzlicher Mindestlöhne vor allem bei ganz Jungen (15–29 Jahre) einen überdurchschnittlich schweren Stand hat, während sie bei der Generation 50+ überdurchschnittlich beliebt ist.

- Auch bei den hohen Löhnen sind die Zahlen deutlich. Im »Stimmungsbarometer Managementvergütungen« befragten 72 Prozent aller Befragten eine Lohnobergrenze – allerdings waren im Vorjahr noch 77 Prozent. Dieses Bild deckt sich mit der Umfrage zur 1:12-Initiative. Hier finden 75 Prozent eine Begrenzung des Lohns sinnvoll; 55 Prozent mit einem Verhältnis zwischen tiefstem und höchstem Lohn von 1:12 oder kleiner, die restlichen 20 Prozent befürworten immer noch eine Obergrenze, allerdings mit einer grösseren Spannweite. Ganz ähnlich wie bei der Frage nach den Mindestlöhnen sind Männer und Junge (18–34) kritischer als Frauen und die Generation 55+.
- Die Befragten dafür aus, dass diese Festlegung Aufgabe des Staats ist. 58 Prozent sind im »Stimmungsbarometer Managementvergütung« für staatliche Lohnobergrenzen, beim SGB wollen die Leute explizit gesetzliche Mindestlöhne. Etwas über 60 Prozent sagen bei der ISSP-Umfrage, dass es eine Aufgabe des Staates sei, für eine Verringerung der Einkommensunterschiede zu sorgen. Bei Produktions- und DienstleistungsarbeiterInnen sowie Soziokulturell-Professionellen (z.B. Lehrerinnen, Pfleger oder Journalistinnen) sind knapp 70 Prozent für einen staatlichen Eingriff, während es bei den UnternehmerInnen nur rund 50 Prozent sind.

Wieso gibt es noch keine Mindestlöhne?

Die Zahlen lassen ein paar einfache Überlegungen für Abstimmungskämpfe zu. Beispielsweise, dass Männer und Junge mehr Überzeugungsarbeit brauchen, während Frauen und die Generation 55+ einfacher mobilisiert werden können. Zudem zeigt sich, dass Massnahmen gegen die Ungleichheit unter ArbeiterInnen sowie bei tiefen bis mittleren Einkommen in Kreisen Rückhalt finden, welche die linken Parteien in der Schweiz zuletzt nicht mehr für sich gewinnen konnten. Die viel spannendere und wichtigere Frage bleibt allerdings: Wieso übersetzen sich solche klare

Mehrheiten nicht in Gesetze? Braucht es Initiativen? Haben die Leute nicht ParlamentarierInnen gewählt, die das für sie umsetzen? Offenbar nicht. Und genauso offenbar scheint es zumindest für einen Teil der Leute kein Widerspruch zu sein, sich für eine stärkere Besteuerung der Vermögen von MillionärInnen auszusprechen – das tun in der Umfrage der Unia über 75 Prozent der Befragten – und wenig zuvor eine Initiative, die im Wesentlichen das Gleiche wollte, abzulehnen. Das haben 2010 58,5 Prozent der Stimmberechtigten mit der SP-Steuerrechtsinitiative getan. Wieso fehlte die Verbindung zwischen politischer Präferenz und konkretem politischem Handeln? Und was war anders bei der Abstimmung zur Anpassung des Umwandlungssatzes, wo Gegner und Befürworterinnen weitgehend identisch waren, aber sich über 70 Prozent für die linke und nicht für die rechte Position entschieden?

Falsche Fragen, andere Antworten – die Bürgerlichen prägen die Debatte

Etwas vereinfacht können Fragen wie 1:12, Mindestlöhne oder Erbschaftssteuer unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit betrachtet werden. Nicht ›Gleichmacherei‹, sondern als Vorbedingung, dass ein alle ihre Individualität frei leben können.¹ Würden die Vorlagen auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen, wäre wohl die herrschende Ungleichheit ein Dauerbrenner der Tagespolitik und »Wie können wir das Problem der Lohnschere lösen?« eine konkrete Frage. Die Linke hätte hier Antworten parat, die dem Bauchgefühl der Leute entsprechen und direkt etwas zur Problemlösung beitragen. Ob es im Endeffekt ›1:12‹ und ›Mindestlohn 4000‹ oder ›1:10‹ und ›kein Lohn unter 60 Prozent Medianlohn‹ heissen würde, wäre dann in etwa gleich wenig entscheidend wie, ob im aktuellen Diskurs über AusländerInnen die Ausschaffungs- oder Durchsetzungs-Initiative der SVP angenommen wird. Alle denkbaren Lösungen würden von ›öffentlichen Fragen‹ bestimmt, bei der Gleichheit als Teil der Antwort im Mittelpunkt stünde.

Aber von dieser Debatte sind wir weit entfernt. Voraussetzung dafür wäre eben nicht nur das Bauchgefühl, dass eine Lohnobergrenze richtig wäre, sondern ein öffentliches Problembewusstsein, dass die Ungleichheit zwischen arm und reich viel zu gross ist und diese Ungleichheit als Erklärung für gängige Probleme herbeigezogen wird. Etwa so wie heute die EU oder AusländerInnen für so ziemlich alles verantwortlich gemacht werden. Aber die öffentliche Debatte, Fokusgruppen oder die Alltagserfahrung zeigen, dass dieses Problembewusstsein nicht existiert. Man nimmt zwar einen gewissen Unterschied zwischen verschiedenen Schichten wahr. Aber Aussagen wie »in der Schweiz muss ja niemand hungern«, »alle haben ein Dach über dem Kopf« und »die müssen halt arbeiten« prägen die öffentliche Debatte. Wenn über Klassen gesprochen wird, dann über einen – sehr verklärten – »Mittelstand«, zu dem sich vom Grafiker aus dem Kreis 5 in Zürich über die Küchenhilfe im Jura bis zu Christoph Blocher alle zählen. So sitzen wir alle im gleichen Boot – und Angriffe kommen höchstens von aussen. Es überrascht daher wenig, dass in der ISSP-Umfrage lediglich 3 Prozent der Befragten angeben, dass es zwischen Arm und Reich in der Schweiz einen starken Konflikt gibt.

Wo soll da Platz sein für eine Debatte über Gleichheit oder andere linke Werte? Die Bürgerlichen – unter Federführung der SVP – verstehen es seit bald drei Jahrzehnten bestens, den Diskurs in einem ganz anderen Deutungsrahmen stattfinden zu lassen. Gleichheit tun sie als formale Rechtsgleichheit ab und gehen gleich über zu einer Debatte über »uns« und »die anderen«. Damit meinen sie wahlweise AusländerInnen, Arbeitslose oder SozialhilfebetrügerInnen. Hauptsache sie dienen als Bedrohung oder Feindbilder, gegen die man misstrauisch sein kann. Und gleichzeitig haben die Bürgerlichen es geschafft, trotz einer schamlosen Umverteilung von unten nach oben, es als »Common Sense« zu etablieren, dass wir alle dank tiefen Steuern für Unternehmen und Superreiche oder »marktgerecht« entlöhnten Managern von der wachsenden Ungleichheit profitieren. Auch wenn ihre Erklärungen den Fakten nicht standhalten:

Sie dominieren den Diskurs – und die Linke steht aussen vor.

Verlorene Schlachten auf falschen Schlachtfeldern

Es hilft deshalb wenig, wenn Studien zeigen, dass besonders Leute in den unteren Einkommenschichten eigentlich empfänglich wären für Gleichheit. Sie ist in der aktuellen politischen Debatte schlichtweg keine Grösse, die bei politischen Entscheidungen als relevante Grundlage beigezogen wird. Und trotzdem gehen wir Linken immer wieder davon aus. Zum Beispiel in der Debatte um Mindestlöhne. Wir wissen, dass es ein Bewusstsein für Working Poor gibt. Umfragen sagen sogar, dass fast 70 Prozent der Bevölkerung wissen, dass ›viele‹ oder gar ›sehr viele‹ ArbeitnehmerInnen davon betroffen sind. Und daraus folgern wir dann fälschlicherweise, dass eine Mehrheit mit uns das Problem lösen will. Aber in der Deutungshoheit – den aktuellen politischen Fragestellungen und den gängigen Antworten – der Bürgerlichen findet eine andere Debatte statt. Mindestlöhne werden unter den Gesichtspunkten ›mehr Arbeitslose‹, ›KMU, die kaputt gehen‹ und ›höhere Preise für alle‹ diskutiert. Und, um ganz von Themen wegzukommen, in denen die Linke noch zu punkten vermag, können Mindestlöhne sogar mit der Zuwanderung in Verbindung gebracht werden (›dann kommen ja noch mehr, weil es bei uns so gut ist‹). Kurz: Mindestlöhne gefährden ›uns‹ und helfen ›den anderen‹. Auch wenn die Ausgangslage gut wäre und die Leute mit ihrem Bauchgefühl bei uns sind, laufen wir Gefahr eine Debatte zu führen, bei der unsere Argumente gar nie gehört werden. Gleichheit und Working Poor werden nicht als entscheidungsrelevant wahrgenommen und beeinflussen in der Folge den Stimmenscheid nicht. Wir kämpfen mit unseren Argumenten auf verlorenem Posten und haben verloren, bevor der Abstimmungskampf beginnt.

Das ist – etwas vereinfacht gesagt – auch bei der Debatte um die SP-Steuerinitiative passiert. Statt über die Besteuerung von Superreichen zu sprechen, hat sich die Debatte hin

zu ›mehr Steuern für alle‹ und etwas ›Föderalismus‹ bewegt. Dort konnten wir keine Antworten geben, nicht punkten, und dort haben wir letztlich auch verloren. Es geht aber auch anders: Beim BVG-Referendum zur Senkung des Umwandlungssatzes konnten wir die öffentliche Debatte auf ›Rentenklaue‹ halten. Die diskutierte Frage war: »Sinkt meine Rente?«. Die bürgerlichen Gegenargumente hatten es schwer, weil jede Antwort zwangsläufig »Ja, aber ...« war. Gegenargumente wie die Finanzierbarkeit konnten sie immer erst vortragen, nachdem sie ›Ja‹ zu Rentenkürzungen gesagt hatten. Und alles nach dem Komma war keine Antwort mehr auf die wichtigste, öffentliche Frage.

Bei Abzockern fehlen bürgerliche Gegenargumente

Und genau hier bietet sich uns eine Chance. Bei der Verteidigung von tiefen Steuern für Unternehmen, dem Schutz hoher Vermögen und dem Abwehrkampf gegen Mindestlöhne sitzen die Bürgerlichen fest im Sattel und dominieren die Debatte. Die öffentlichen Fragen sind gestellt und die Antworten darauf scheinen allen vernünftig; allzu oft werden sie sogar von ExponentInnen der Linken wiederholt und dadurch noch verstärkt. Die Linke ist von Beginn weg in der Defensive. Anders ist es bei den Abzockern. Die Vasellas und Dougans, die den Hals nicht voll kriegen, die Ospels und Grübels, die Banken an die Wand fahren und trotzdem Millionen bekommen, wollen nicht recht in den Deutungsrahmen der Bürgerlichen passen. Das Bauchgefühl ist bei allen das gleiche. Es stinkt etwas und zwar gewaltig, es braucht eine Lösung. Und die Bürgerlichen haben nichts zu bieten. Sie können ›abzocken‹ mit keiner ihrer gängigen Erklärungen abschmettern. Ein Abzocker ist nicht gut fürs Unternehmen, ein Abzocker schafft keine Arbeitsplätze, ein Abzocker ist nicht per se ein Ausländer etc. Hier sind sie von Anfang an in der Defensive und sprechen von ›Einzelfällen‹, die man lösen muss. Damit geben sie aber bereits zu, dass es ein Problem gibt. Hier kommen ihre Gegenargumente erst nach dem Komma. Damit ermöglichen sie der Linken, ihre

Fragen zu stellen, ihre Antworten zu geben und damit den Rahmen des Diskurses abzustecken.

Wie unwohl den Bürgerlichen die Debatte ist, zeigte die Kampagne zur Abzocker-Initiative. Der Einsatz von gut acht Millionen Franken von Economiesuisse für die Nein-Kampagne, aber auch das sehr ungeschickte Verhalten im Abstimmungskampf, kamen kaum von ungefähr. Seit den ersten Umfragen 2010 erhielt die Initiative erstaunlich hohe Zustimmung und – noch viel schlimmer – hielt die Debatte über Abzocker am Leben. Economiesuisse wollte und musste hier einen Riegel schieben statt ständig einen Kampf zu führen, in dem sie zwischen 60 und 80 Prozent der Bevölkerung gegen sich wusste. Dass sie damit erfolglos waren, zeigt die klare Zustimmung von 68 Prozent am Abstimmungssonntag.

Die Abzockerdebatte um die 1:12-Initiative als Chance weit über den Abstimmungskampf hinaus

Die 1:12-Initiative setzt den Hebel deshalb genau am richtigen Ort an, um die Debatte wieder unter linken Vorzeichen führen zu können. Sie setzt die schamlosen Abzocker und damit Ungleichheit in Reinkultur in den Mittelpunkt der Debatte und stellt eine ganze einfache Frage, die jeder und jede beantworten kann: Ist es in Ordnung, dass jemand so viel mehr verdient als andere? Damit wird den Bürgerlichen verunmöglicht, ihre Debatte zu führen, ohne sich vorhin für die Abzocker rechtfertigen zu müssen – und sich damit wieder im Rahmen eines linken Diskurses zu bewegen.

Bei der 1:12-Initiative bieten sich die Abzocker ganz natürlich als Türöffner für eine linke Debatte an. Diesen Vorteil und diese Chance sollte und muss die Linke aber nicht nur im Abstimmungskampf zur 1:12-Initiative nutzen. Bei sämtlichen kommenden Debatten über Löhne, Erbschaftsteuer, Pauschalbesteuerung und weitere verteilungspolitische Vorlagen müssen die Abzocker und das, wofür sie stehen, als ›Posterboys‹ des bürgerlichen Systems ein zentrales Thema sein. Dies nicht aus purem Populismus, son-

dern weil es uns eine linke Debatte ermöglicht. Anhand der Abzocker kann die Linke aufzeigen, wofür sie sich einsetzt. Eine Gesellschaft nämlich, in der alle die gleiche Freiheit haben, sich zu entfalten – und in der niemand auf Kosten anderer lebt. Damit beschränkt sich der Begriff ›Abzocker‹ auch nicht auf Manager alleine. Vielmehr lässt er sich für all diejenigen ausweiten, die heute an ihren Pfründen festhalten, um auf Kosten anderer zu leben. Seien dies Superreiche, die dank ihres Vermögens von der Arbeit anderer leben, Lohndruckerinnen, die mit tiefen Löhnen noch mehr aus ihren Beschäftigten rausholen, oder Steuersenker, die ihrer Klientel weitere Geschenke verteilen.

Bei praktisch allen anderen Themen haben die Bürgerlichen den Deutungsrahmen gesetzt und über Jahrzehnte fest zementiert. Wir laufen Gefahr ständig eine fremde Debatte zu führen, die wir nicht gewinnen können. Mit der Abzocker-Debatte sind wir nicht nur inhaltlich im Recht, sondern können wieder beginnen einen ganzheitlichen linken Diskurs bei allen Themen der Gleichheit zu führen – von Löhnen über Steuern bis zu Fragen über das Zusammenleben. Das ist keine Wunderwaffe, die uns eine sofortige Deutungshoheit garantiert, und funktioniert auch bestimmt nicht von heute auf morgen. Aber wir haben endlich wieder einen Ansatzpunkt, um unsere Fragen und Antworten langsam neu zu etablieren. Nicht in einer und nicht in zwei, aber in dutzenden von Debatten und Abstimmungskämpfen können wir damit das Sorgenbarometer weg von bürgerlichen Nebelpetarden hin zu unseren Fragen bringen. Denn nur so kann es uns gelingen, die jetzt schon erfreulichen Werte einzelner Umfragen langfristig zu noch erfreulicheren Resultaten an Abstimmungssonntagen zu machen.

Literatur

- [hkp//Stimmungsbarometer Management-Vergütung \(2011\): http://goo.gl/vogpp](http://hkp//Stimmungsbarometer Management-Vergütung (2011): http://goo.gl/vogpp)
- International Social Survey Programme (2009): <http://www.issp.org/page.php?pageId=4>
- Juso-Umfrage (2012): Mehrheit der SchweizerInnen will 1:12. <http://www.juso.ch/de/node/3328>
- SGB-Umfrage (2011): Mindestlöhne im Aufwind – 85 Prozent wollen einen Mindestlohn. <http://goo.gl/k4mog>
- Unia-Umfrage (2012): Geld ist genug da – Zeit für Gerechtigkeit. Detailresultate der Umfrage in der Schweiz. http://www.geld-ist-genug-da.eu/uploads/media/MK_CH_Resultate_CH.pdf

Anmerkung

1 Siehe auch Artikel von Urs Marti in diesem Buch.